

# VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Dezember 2019 | Nummer 4



**HÄNDE WEG VOM  
AMAZONAS** 

GfbV startet eine neue Kampagne zu Brasilien

## Indigene kämpfen um Rechte und um den Schutz ihres Lebensraums

Die Bilder des lodernden Amazonas erschütterten die Welt. Vor dem Hintergrund der Klimakrise und des Biodiversitätsverlustes sind die Waldbrände eine umso grössere Katastrophe. Die schlimmsten Auswirkungen erfahren jedoch die indigenen Gemeinschaften des Amazonas: Ihre Lebensgrundlage wird vernichtet. Im November startete die GfbV ihre Kampagne «Hände weg vom Amazonas!», um die indigenen Gemeinschaften in ihrem Kampf um ihre Rechte und für den Erhalt ihres Lebensraumes zu unterstützen.

Diesen Sommer brannte der Amazonas. Noch nie in der letzten Dekade fielen so viele Bäume den Flammen zum

Opfer wie dieses Jahr. Pro Minute wurden rund drei Fussballfelder Regenwald zerstört. Die Brände sind zum allergrössten Teil menschengemacht: Rinderzüchter, Sojabauern und Landlose wollen Land gewinnen. Die Brände zeigen jedoch «nur» die Spitze des Eisbergs: Der Kampf der Indigenen in Brasilien – und in ganz Lateinamerika – um ihre Rechte und insbesondere das Recht auf Land dauert seit 500 Jahren an.

«Mit vorherigen Regierungen war der Dialog schwierig, aber es gab ihn. Heute gibt es keinen Dialog mehr», sagt Nara Baré, Koordinatorin von Coiab, der «Koordination der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets» (siehe Interview Seite 8).

  
**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**

Die Situation der Indigenen in Brasilien hat sich seit der Wahl des rechtsgerichteten Jair Bolsonaro zum Präsidenten massiv verschlechtert. Zum Amtsantritt verkündete der Präsident, keine einzige neue Anerkennung von indigenen Territorien zuzulassen und bestehende in Frage zu stellen. Zudem will er Schutzgebiete für die industrielle Landwirtschaft und den Bergbau öffnen. Bolsonaro untergräbt die Rechte der Indigenen und den Schutz der Umwelt noch weiter. Gelder für zahlreiche Projekte zugunsten der Indigenen lässt der Präsident kürzen und zentrale Ämter besetzt er nicht nur mit komplett unqualifizierten Personen, sondern auch mit solchen, die den Aufgaben feindlich gestimmt sind. Bolsonaros Politik und Rhetorik schlägt auch in Gewalt um: So wurden ein Mitarbeiter der Indigenenschutzbehörde FUNAI und im Herbst der indigene Waldschützer Paulo Paulino Guajajara ermordet.

Diese Probleme sind nur auf den ersten Blick rein innenpolitisch. Denn auch wenn Bolsonaro den Ausverkauf des Amazonas vorantreibt – die Nachfrage für die Agrargüter kommt zu einem grösseren Teil vom Rest der Welt. Auch die Schweiz pflegt rege Handelsbeziehungen zu Brasilien und importiert etwa Futtermittel, Rindfleisch, Gold und Palmöl aus dem südamerikanischen Land – und das in grossen Mengen. Mit einem Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, zu denen auch Brasilien gehört, wollen die EFTA-Länder, darunter die Schweiz, die Handelsbeziehungen zusätzlich stärken (*siehe Kasten*).

Es wird geschätzt, dass eine Weiterführung der aktuellen Politik die Abholzung des Amazonas bis 2020 im Vergleich zu heute verdrei- bis vervierfachen könnte – mit fatalen Folgen für das regionale und globale Klima.

### Theorie und Realität weit auseinander

Theoretisch garantiert Brasiliens Verfassung von 1988 die Rechte der indigenen Bevölkerung. Brasilien hat wichtige internationale Instrumente wie die Konvention 169 der ILO und die UN-Biodiversitätskonvention ratifiziert. Tatsache ist aber, dass nach wie vor 64 Prozent des angestammten Landes der Indigenen nicht vollständig demarkiert und als sogenannte *Terras Indígenas*

anerkannt sind. Besonders sichtbar wird der Druck, den der Hunger nach Ressourcen aller Art auf indigenes Land ausübt, nach einem Blick auf die Bergbauaktivitäten im brasilianischen Amazonas: In mehreren *Terras Indígenas* hegen Bergbauunternehmen an 90 Prozent oder mehr der Fläche Interesse.

Gleichzeitig zeigen neue Studien: Heute befinden sich 53 Prozent des intakten Amazonas in Brasilien in Indigenen- und/oder Naturschutzgebieten. Die Anerkennung der angestammten Territorien der Indigenen ist also auch für den Schutz des Regenwaldes fundamental.

### Indigene unterstützen – Regenwald schützen

Zum Start der Kampagne arbeitet die GfbV mit Munduruku- und Tupinambá-Gemeinschaften vor Ort im Tapajós-Becken zusammen. Da eines der Hauptanliegen dieser Gemeinschaften die Anerkennung ihrer Territorien ist, unterstützt die GfbV die Selbstdemarkierung von Tupinambá- und Mundurukú-Gemeinden finanziell und durch Vermittlung von hilfreichen Kontakten (*siehe Infografik auf Seite 4-5*).

Um gegen Herausforderungen und Bedrohungen vereint vorgehen zu können, unterstützt die GfbV zudem die Jahresversammlungen der Tupinambá und Munduruku als Vernetzungs- und Koordinationstreffen.

Die GfbV setzt sich mit Lobbyarbeit und Hintergrundrecherchen im Rahmen der Kampagne dafür ein, dass die Schweiz als Handelspartnerin von Brasilien ihre Verantwortung wahrnimmt und sich für die Rechte der Indigenen und den Umweltschutz in Brasilien stark macht. Im November koordinierte die GfbV darum den Besuch einer Delegation brasilianischer Indigener, die im Rahmen ihrer Europatournee auch in der Schweiz Halt machte (*siehe Kasten*).

Text: **Julia Büsser** GfbV-Kampagnenleiterin

**Zur Kampagne:**  
[www.gfbv.ch/amazonas](http://www.gfbv.ch/amazonas)



Auch das Gebiet der Tupinambá im Amazonas ist noch nicht offiziell anerkannt. Dagegen wollen die Tupinambá nun angehen mit der Demarkierung ihres Territoriums.



## «Indigenes Blut: Kein einziger Tropfen mehr!»

**Unter diesem Titel reisten Leaderinnen und Leader der indigenen Gemeinschaft Brasiliens durch zwölf Länder.**

Um auf ihre schwierige Situation in Brasilien aufmerksam zu machen, bereiste im Herbst eine über 10-köpfige Delegation brasilianischer Indigener während mehr als einem Monat Europa, darunter auch die Schweiz. Ziel der Reise: Europäische Konsumentinnen und Konsumenten, Firmen und Regierungen auf die massiven Verletzungen der Rechte der Indigenen und die sich rasant verbreitende Umweltzerstörung in ihrem Land sensibilisieren. Die Delegierten forderten konkrete Massnahmen von den europäischen Regierungen zum Schutz der Umwelt und der Indigenen in Brasilien. In der Schweiz koordinierte die GfbV mit der Unterstützung von Greenpeace und anderen Organisationen, Aktivistinnen und Aktivisten den Aufenthalt der Delegation. Ihr Programm beinhaltete eine Pressekonferenz, Treffen mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft, einen öffentlichen Workshop sowie eine Kundgebung.

FOTO: GFBV SCHWEIZ



Ein Teil der Delegation mit Parlamentarierinnen im Bundeshaus in Bern.

Von der Schweizer Regierung forderte die Delegation, gegenüber der brasilianischen Regierung klar Stellung zu beziehen für die Rechte der Indigenen und den Schutz der Umwelt. Darum muss das aktuell in der Schweiz diskutierte Freihandelsabkommen zwischen den Mercosur- und EFTA-Staaten griffige Klauseln zu diesen beiden Themen enthalten. Anders ist zu befürchten, dass die erleichterten Handelsbeziehungen die Umweltzerstörung und die Verletzung der Rechte der Indigenen vorantreiben werden.

Mehr Informationen:

[www.apib.info](http://www.apib.info)



## Editorial

«Bolsonaro hat die Indigenen zum Feind Nummer eins erklärt!» Dies sagte der indigene Leader Kretã Kaingang kürzlich in Genf: Im November begleitete die GfbV eine indigene Delegation aus Brasilien in der Schweiz. Während die Delegation in mehreren Ländern Europas auf die Menschenrechtsverletzungen in Brasilien aufmerksam machte und an die Verantwortung der europäischen Wirtschaftspartner appellierte, kam es in ihrer Heimat zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Der indigene Waldhüter Paulo Paulino Guajajara kam dabei ums Leben – attackiert von illegalen Holzfällern. Die Morde an Indigenen haben seit dem Amtsantritt von Präsident Jair Bolsonaro drastisch zugenommen. Trotz der dramatischen Situation brachten die indigenen Delegierten aber auch viel Hoffnung mit. «Niemand lässt die Hand des Anderen los!» versicherte Célia Xakriabá bei der Kundgebung in Bern. Bei den Treffen mit Schweizer Vertretern aus Wirtschaft und Politik sowie an der Uno in Genf brachten die Delegierten ihre Anliegen ein.

Die GfbV steht schon länger im Kontakt mit indigenen Gemeinschaften in Brasilien. Zeitgleich mit der Ankunft der Delegation starteten wir unsere neue Kampagne «Hände weg vom Amazonas!», um indigene Gemeinschaften bei ihrem Kampf um ihren Lebensraum und den Schutz des Regenwalds zu unterstützen. Mehr zur Kampagne und zum Besuch der brasilianischen Delegation erfahren Sie in diesem Heft ab Seite 1 sowie im Interview auf Seite 8.

Die Delegation ist inzwischen wieder in Brasilien und kämpft dort weiter für die Rechte der Indigenen. Auch wir bleiben dran – mit der Unterstützung unsere zahlreichen Mitglieder, Spenderinnen und Spendern!

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage!

Julia Büsser  
Kampagnenleiterin Indigenenrechte

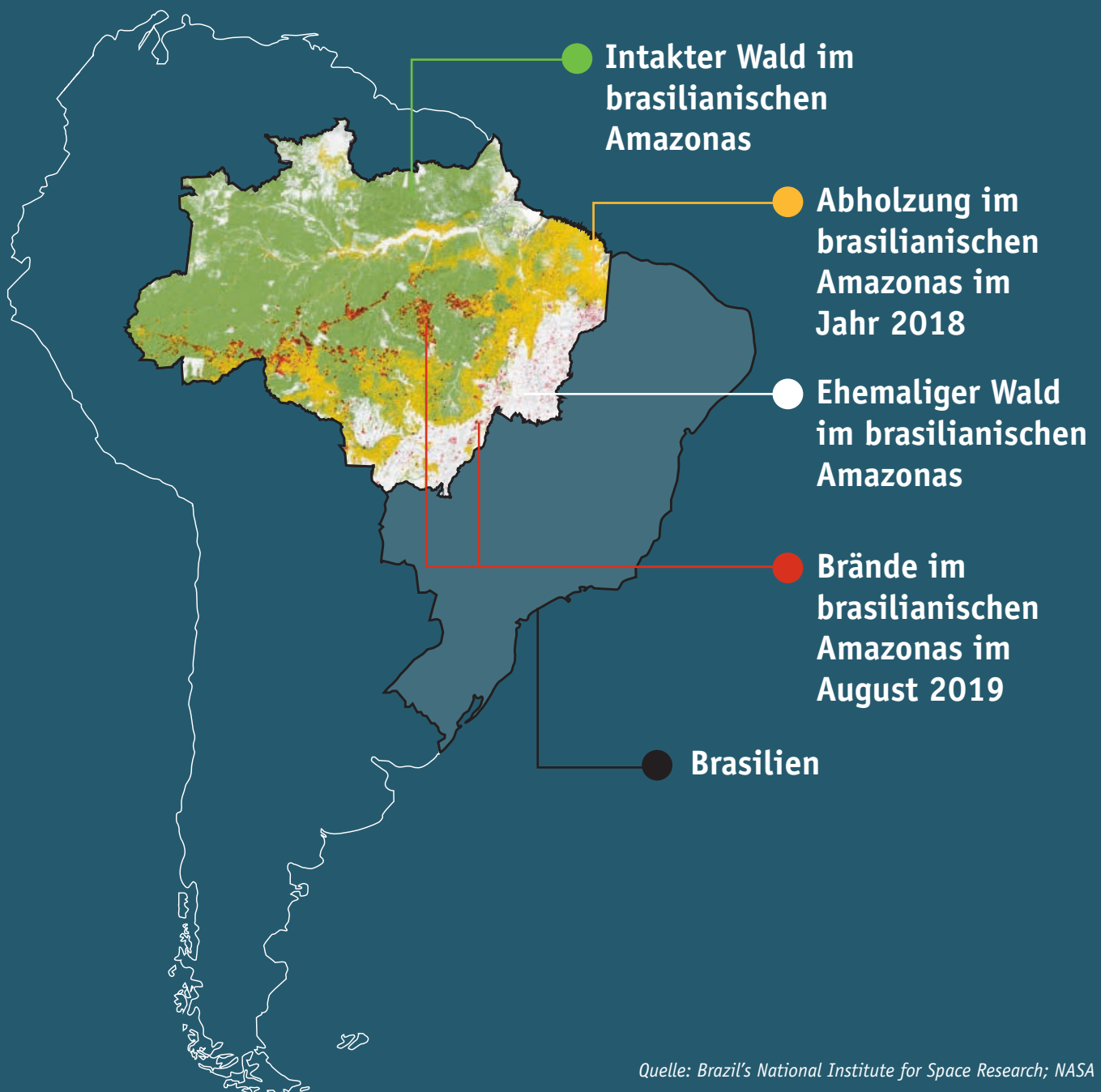
### IMPRESSUM

VOICE 4, Dezember 2019 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch), [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)  
**Redaktion:** Corinne Bächtold und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Corinne Bächtold, Julia Büsser, Tabea Willi **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr **Titelbildfoto:** GfbV Schweiz

# Wie indigene Gemeinschaften

## DER AMAZONAS IST IN GEFAHR

Der Amazonas ist akut gefährdet, ganz besonders in Brasilien: Der gelbe Teil auf der Karte zeigt die Waldvernichtung im Jahr 2018. Und im Sommer 2019 haben die Waldbrände im Vergleich zum Vorjahr um über 80 Prozent zugenommen. Der rechtsnationale Präsident Jair Bolsonaro will den Amazonas grosszügig ausbeuten und Bergbau, Holzschlag und Landwirtschaft in Naturschutz- und Indigenen-Gebieten im grossen Stil zulassen. Geht die Abholzung in diesem Tempo weiter, so wird 2030 die Hälfte des Regenwaldes zerstört sein. Mit unvorhersehbaren Auswirkungen für das Weltklima.



# den Amazonas schützen

## DEMARKIERUNGEN ALS SCHUTZ VOR ABHOLZUNG

Die indigenen Gemeinschaften spielen eine wichtige Rolle beim Erhalt des Amazonas. Wo der Staat versagt, wollen sie den Schutz ihrer Gebiete selbst vorantreiben, indem sie diese demarkieren. Eine Gruppe von Stammesmitgliedern bricht jeweils für zwei Wochen auf eine Reise in den Urwald auf, um mit Hilfe von Farbe, GPS und Macheten ihr Territorium zu kennzeichnen. Dank dieser aufwändigen und langwierigen Arbeit können sie anschließend bei den Behörden die Landtitel einfordern, die ihnen rechtlich zustehen.



## Credit Suisse macht einen zaghaften Schritt für Indigenenrechte

FOTO: GFBV SCHWEIZ



Menschenrechtsanwältin Michelle Cook (Mitte), zusammen mit Angela Mattli, GfbV-Kampagnenleiterin und Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleiter GfbV, in Genf.

**Mitte Oktober haben die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und die Schweizer Grossbank Credit Suisse das laufende Mediationsverfahren im Rahmen des Schweizer Kontaktpunktes (NKP) für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen abgeschlossen. Die Credit Suisse hat sich verpflichtet, den Schutz der Rechte von indigenen Gemeinschaften in ihren internen Richtlinien zu verankern.**

Im April 2017 hat die GfbV beim NKP für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eine Beschwerde gegen die Schweizer Grossbank Credit Suisse (CS) eingereicht. Auslöser war, dass die CS wichtige Geschäftsbeziehungen mit Firmen unterhielt, welche in den USA die Dakota Access Pipeline (DAPL) bauten. Gegen das Projekt protestierten tausende von indigenen Menschen sowie Wasseraktivistinnen und -aktivisten, weil sie die ökologischen Risiken der Pipeline fürchteten. Im Gegensatz zu anderen Banken, die sich teils finanziell aus dem Projekt zurückgezogen haben, hat die CS sich nie öffentlich zum Konflikt um Standing Rock zwischen den US-Behörden, den Pipeline-Betreibern und den betroffenen indigenen Gemeinschaften geäussert. Selbst die Uno kritisierte den Pipelinebau und den Bewilligungsprozess.

Das Schlichtungsverfahren zwischen der GfbV und der CS wurde im Frühling 2018 aufgenommen. Im Rahmen dieses Verfahrens verpflichtete sich die Credit Suisse, das Konzept des «Free, Prior and Informed Consent» (FPIC) der Uno in ihre internen, sektorspezifischen Richtlinien für Öl und Gas, Bergbau sowie Forst- und Agrarwirtschaft aufzunehmen. Bei Projektfinanzierungen, welche sich negativ auf ein Gebiet auswirken könnten, das von indigenen Gemeinschaften genutzt oder traditionell beansprucht wird, erwartet die CS von ihren Kunden künftig einen Nachweis. Dieser soll sicherstellen, dass durch aktives Engagement mit den Behörden und betroffenen indigenen Gemeinschaften eine einvernehmliche Lösung im Sinne von FPIC angestrebt wurde.

**Standing-Rock-Anwältin erwartet mehr**  
Die GfbV anerkennt diese Erweiterung der internen Richtlinien als ersten Schritt, stellt aber gleichzeitig fest, dass die CS diese auf die Projektfinanzierung beschränkt. Firmenfinanzierungen und das Aktiengeschäft sind davon ausgeschlossen. Diese Einschätzung teilt auch die Menschenrechtsanwältin Michelle Cook, welche die betroffenen Sioux-Gemeinschaften in Standing Rock vertritt: «Wir sind noch nicht fertig mit der Credit Suisse. Wir wollen, dass die neuen Vorkehrungen für

die Selbstbestimmung indigener Gemeinschaften auf die Unternehmensfinanzierung ausgeweitet werden», betont Cook. «Im Fall DAPL hat die Credit Suisse die Unternehmen finanziert und nicht das Projekt selbst. Mit den jetzigen Anpassungen werden weitere Skandale nur bedingt verhindert. Das Risiko besteht weiterhin, dass die Rechte von Indigenen verletzt werden.». Die GfbV wird die Umsetzung dieser Richtlinien beobachten und erwartet von der CS, dass sie diese auf weitere Geschäftsfelder ausweitet. Ebenso soll die CS entschlossen Massnahmen ergreifen, falls diese Richtlinien nicht erfüllt werden.

### Kein Ersatz für Konzern-Initiative

Die GfbV betrachtet den NKP als niederschwelliges Instrument, um zwischen Firmen und betroffenen Gemeinschaften zu vermitteln. Die OECD-Leitsätze sind jedoch nicht verbindlich, und der NKP hat keine Möglichkeit, Sanktionen durchzusetzen. Er ist daher keine Alternative zur Konzernverantwortungsinitiative, die Firmen rechtlich dazu verpflichtet, Menschenrechts- und Umweltstandards einzuhalten.

Text: **Angela Mattli** GfbV-Kampagnenleiterin

Wileroltigen: Abstimmung über Transitplatz für fahrende Roma

## Ja zum Transitplatz – für Stabilität und Sicherheit

Am 9. Februar 2020 stimmt die Berner Stimmbevölkerung über den Kredit für einen Transitplatz für fahrende Minderheiten in Wileroltigen ab. Die hitzigen Diskussionen im Vorfeld zeigen: Noch immer sind Sinti und Roma Vorurteilen ausgesetzt. Dabei könnte ein Transitplatz im Kanton Bern Stabilität schaffen.

Die Schweiz ist in Europa bekannt für die schlechteste Platzsituation für fahrende Minderheiten. Das geht aus Interviews mit Roma und Sinti hervor, welche die GfbV für ihren Bericht «Fahrende Roma in der Schweiz» (2017) geführt hat. Tatsächlich gibt es schweizweit nur sieben offizielle Transitplätze für fahrende Minderheiten aus dem Ausland, ein Teil davon sind Provisorien. Durch den Platzmangel sehen sich viele Sinti und Roma gezwungen, Spontanhalte einzulegen, das heisst, sie stellen gegen Entgelt ihren Wohnwagen auf einem privaten Grundstück ab. Bei solchen Lösungen sind oft nicht einmal die hygienischen Mindestanforderungen erfüllt – sprich: keine sanitären Anlagen und keine Möglichkeiten zur Müllentsorgung. Dies führt in einigen Fällen zu Konflikten. Hier könnte der neue Transitplatz Wileroltigen Stabilität schaffen, sowohl für die Minderheiten wie auch für die ansässige Bevölkerung. Denn er schafft Bedingungen für ein geregelter Zusammenleben und entschärft den bestehenden Platzmangel.

FOTO: ERIC ROSET



So oder so werden die fahrenden Gemeinschaften die Schweiz trotz Platzmangel weiterhin bereisen, denn sie folgen traditionellen Routen und verfügen oft über einen festen Kundenstamm an den jeweiligen Orten. Die meisten Angehörigen dieser Gemeinschaften sind Bürgerinnen und Bürger aus den Nachbarnstaaten der Schweiz, beispielsweise Frankreich und Deutschland. Für sie gilt das Personenfreizügigkeitsabkommen. Es ist das Recht dieser Menschen, durch die Schweiz zu reisen – und die Pflicht der Kantone, ihnen Plätze zur Verfügung zu stellen.

Text: Corinne Bächtold GfbV-Praktikantin Kommunikation



Die GfbV empfiehlt ein JA zum Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen

NEWS

## «Ocean Peoples' Conference»: Bedrohte Menschen am Meer

*In der internationalen Gemeinschaft besteht schon seit langem Konsens darüber, dass es nicht gut steht um die Weltmeere – Überfischung und Plastikverschmutzung sind inzwischen in aller Munde. Kaum Aufmerksamkeit erhalten jedoch die zahlreichen Küstengemeinschaften, – viele davon indigen – deren Lebensgrundlage der Fischfang ist.*

So geschehen auch Ende Oktober, als sich in Oslo Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Regierungen, Unternehmen und grosser Naturschutzorganisationen für die «Our Ocean» Konferenz trafen, um über die Zukunft der Ozeane zu diskutieren. Nur die Fischergemeinschaften, darunter viele Indigene, waren nicht angemessen vertreten auf den zahlreichen Podien. Das, obwohl niemand so eng verbunden mit dem Meer lebt und von einem intakten Meeresökosystem abhängig ist wie sie.

Verschiedene Vertreterinnen und Vertreter von Fischereigemeinschaften, internationale NGOs und Aktivistinnen und Aktivisten trafen sich daher zu einem parallelen Anlass, um die internationalen Entwicklungen im Bereich der «Blue Economy» – also Wirtschaftsaktivitäten am und im Meer – und ihre Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der Fischergemeinschaften zu diskutieren. Die Teilnehmenden reisten aus allen Teilen der Welt an und nutzten die Gelegenheit, um Erfahrungen auszutauschen. Die Erkenntnis: Es sind überall vergleichbare Mechanismen, welche die Existenz von Fischereigemeinschaften bedrohen. Im Meer wird «offshore» Öl und Gas gewonnen, die Küsten werden verbaut mit Kraftwerken oder Häfen, subventionierte Flotten fischen die Meere leer. Die Teilnehmenden fordern eine Abkehr von schädlichen Wirtschaftszweigen, die das Ökosystem der Meere immer weiter zerstören und damit die Lebensgrundlage der Küstengemeinschaften bedrohen. Für ihre Gemeinschaften fordern sie echte Mitspracherechte und das Recht auf Selbstbestimmung.

Text: Tabea Willi GfbV-Kampagnenleiterin

## «Unser Kampf geht alle etwas an – unser Anliegen ist das Leben»



FOTO: GFBV SCHWEIZ

Nara Baré in Genf, anlässlich ihres Besuchs bei der Uno. Dort sprach ihre Delegation mit Kate Gilmore, der stellvertretenden Hochkommissarin für Menschenrechte.

**Nara Baré ist die erste weibliche Koordinatorin von Coiab, der «Koordination der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets». Sie reiste im Oktober und November mit einer Delegation durch Europa, um auf die Situation der Indigenen in Brasilien aufmerksam zu machen. Im Interview spricht sie über diese Reise, über ihre indigene Gemeinschaft und die neue Regierung Brasiliens.**

### **Nara Baré, aus welchem Grund hat Ihre Delegation diese Reise angetreten?**

Auf unserer Reise «Indigenes Blut: Nicht ein Tropfen mehr» kommen wir mit einem Angebot für den Dialog. Aber wir überbringen auch einen Weckruf an die europäische Gemeinschaft. Diese ganzen Umwelt-Katastrophen und die Genozide, welchen die Indigenen schon seit hunderten von Jahren ausgesetzt sind, haben mit Präsident Bolsonaro drastisch zugenommen. Es ist Zeit, dass das gestoppt wird.

### **Können Sie uns ein Beispiel geben?**

Zum Beispiel das Freihandelsabkommen mit Mercosur. In der jetzigen Form ist es kein gutes Abkommen – für niemanden. Insbesondere aber für uns, die Indigenen und die Umwelt, hat es gravierende Folgen. Die Abkommen dürfen nicht nur auf Regierungsebene ausgehandelt werden, ohne den Einbezug der Gesellschaft, ohne unsere Teilnahme als Betroffene. Zudem ist es ein Abkommen mit einer brasilianischen Regierung, die lügt, Daten manipuliert und nicht zur indigenen Bevölkerung steht.

### **Wie hat das Leben in Ihrer indigenen Gemeinschaft geändert seit dem Amtsantritt von Bolsonaro?**

Meine Gemeinschaft befindet sich im Nordosten des Bundesstaats Amazonien. Diese Region hat weltweit das höchste Vorkommen von Niobium<sup>1</sup>. Deshalb sind viele Leute aus dem Ausland gekommen. Aber nicht um den Amazonas zu sehen oder um die Indigenen kennen zu lernen. Sie hatten andere Absichten – denn sie wissen um das Potential dieses Metalls. Die

<sup>1</sup> Metall, welches Stahl leichter und resistenter macht. Brasilien hat schätzungsweise 85 Prozent der weltweiten Ressourcen davon.

Rhetorik der Regierung, wonach der Bergbau uns Reichtum und «Entwicklung» bringt, hat dazu beigetragen, dass es zwischen den Indigenen zu Uneinigkeit kam. Diese Uneinigkeit unter uns ist gefährlich und macht unsere Lage noch bedrohlicher.

### **Wie haben die Vertreter von Politik und Wirtschaft in Europa auf Ihre Anliegen reagiert?**

Es wurde viel geredet – aber konkrete Verpflichtungen will niemand eingehen! Dabei braucht es jetzt konkrete Massnahmen und zwar schnell. Sowohl die Politik als auch die Gesellschaft und die Wirtschaft müssen handeln.

### **Was können die Leute hier tun, um die Indigenen in Brasilien zu unterstützen?**

Wir hoffen sehr, dass Ihr unseren Kampf mittragen werdet! Wir erwarten von den Organisationen, dass sie unsere Botschaft an die Öffentlichkeit bringen. Von den Menschen in der Schweiz erhoffen wir, dass sie ihre Herzen, Ohren und ihren Verstand offen behalten. Unser Kampf geht alle etwas an – unser Anliegen ist das Leben.

### **Könnten Sie uns erzählen vom Leben in Ihrer indigenen Gemeinschaft?**

Unsere Region ist nur schwer zugänglich, unsere Strassen sind die Flüsse. Wenige Gemeinschaften haben beispielsweise Strom, aber das heisst nicht, dass wir arm sind. Im Gegenteil! Die Gemeinschaften sind noch nicht abhängig vom Kapitalismus. Sie leben freier, glücklicher, würde ich sagen. Alles wird geteilt untereinander, wir leben in einer Gemeinschaft und nicht im Individualismus. Mein Zuhause ist dort, in der «terra indígena». Dort sind unsere Familien, unsere Wurzeln. Egal, wo auf dem Planeten wir uns befinden, wir werden immer zurückkehren nach Hause.

*Das Interview wurde Mitte November in Genf geführt.*

Interview: **Corinne Bächtold** GfbV-Praktikantin Kommunikation



### **Weitere Informationen:**

Koordination der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets COIAB:  
[www.coiab.org](http://www.coiab.org)

Europatour der indigenen Delegierten aus Brasilien:  
[www.nenhumagotamais.org](http://www.nenhumagotamais.org)  
[www.apib.info](http://www.apib.info)